

**Beantwortung des Fragenkatalogs für die Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte  
und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestags zum Thema „Religionsfreiheit: Die  
menschenrechtliche Lage religiöser Minderheiten in China“ am 8. Mai 2019**

*Deutscher Bundestag*

Ausschuss für Menschenrechte  
und humanitäre Hilfe

Ausschussdrucksache  
19(17)48

**Kelsang Gyaltzen  
ehem. Sondergesandter Seiner Heiligkeit des 14. Dalai Lama  
Jona/Rapperswil, Schweiz  
26. April 2019**

*Hinweis: Fragen 4, 5, 7 und 12 wurden nicht behandelt.*

## **1. Welche Bedeutung hat Religionsfreiheit historisch und was sind die Ursachen für die Stellung von Religionen in China heute? (CDU/CSU)**

### ***Grundsätzliche Bemerkungen***

Der tibetische Buddhismus, auf den sich diese Antwort bezieht, ist für Tibet<sup>1</sup> nach wie vor von außerordentlich großer Bedeutung. Er wird von der überwältigenden Mehrheit der Tibeterinnen und Tibeter praktiziert und ist ein Kernelement tibetischer Kultur und Identität.

In Tibet folgen nach einer Schätzung der Organisation „Freedom House“<sup>2</sup> rund 6-8 Millionen Menschen dem tibetischen Buddhismus. Darüber hinaus bekennen sich 185-250 Millionen Chinesen zum Buddhismus. Grundsätzlich ist dabei davon auszugehen, dass die Daten der staatlichen chinesischen Religionsbehörde (SARA), rund 200 Millionen Menschen in der VR China insgesamt folgten einer Religion, ungenau sind.

Die Bedeutung des tibetischen Buddhismus hat indes jüngst auch über die Grenzen Tibets hinaus zugenommen, insbesondere bei Chinesinnen und Chinesen, die ihm vermehrt folgen.<sup>3</sup> Obgleich entsprechende statistische Daten fehlen, spricht hierfür etwa die Beliebtheit tibetisch buddhistischer Einrichtungen bei Chinesinnen und Chinesen, wie zum Beispiel des – inzwischen mit umfassenden Restriktionen belegten – buddhistischen Studienzentrums von Larung Gar im Osten Tibets. Darüber hinaus existiert eine lange Tradition des Studiums des tibetischen Buddhismus in China, die sich bis in das 13. Jahrhundert zurückverfolgen lässt.<sup>4</sup> Offenbar sind es heute vor allem gebildete Schichten urbaner Chinesen, die dem tibetischen Buddhismus folgen.<sup>5</sup>

Heute ist indes das Überleben des tibetischen Volkes mit seiner unverwechselbaren und einzigartigen Kultur, seiner Sprache, seiner Religion und Identität gefährdet. Mit der Invasion und Besetzung Tibets vor mehr als 60 Jahren begann eine Ära radikaler Veränderungen, nicht nur im politischen Leben des tibetischen Volkes, sondern auch hinsichtlich der tibetischen Kultur und Religion. Die Einführung der direkten chinesischen Herrschaft verbunden mit der Anwendung maoistischer politischer Theorien auf die tibetische Gesellschaft verursachte einen beispiellosen sozialen Umbruch, kulturelle Zerstörung und ein immenses Leid für die Tibeter.

---

<sup>1</sup> Das historische Tibet umfasst im Wesentlichen drei Gebiete: Amdo (Nordost-Tibet), Kham (Ost-Tibet) sowie U-Tsang (zentrales und westliches Tibet). Die „Autonome Region Tibet“ wurde von der chinesischen Regierung 1965 eingerichtet und umfasst die Gebiete Tibets westlich des Dri-Chu (Yangtse), einschließlich Teile Khams. Amdo und Kham wurden in chinesische Provinzen (Qinghai, Gansu, Sichuan und Yunnan) eingegliedert und dort, wo Tibeter in diesen Provinzen sogenannte „kompakte Einwohnerschaften“ bildeten, wurden autonome tibetische Landkreise und Präfekturen eingerichtet. Im Folgenden werden mit „Tibet“ die genannten Gebiete einschließlich der „Autonomen Region Tibet“ bezeichnet.

<sup>2</sup> Freedom House, „The Battle for China’s Spirit“, Februar 2017,

[https://freedomhouse.org/sites/default/files/FH\\_ChinasSprit2016\\_FULL\\_FINAL\\_140pages\\_compressed.pdf](https://freedomhouse.org/sites/default/files/FH_ChinasSprit2016_FULL_FINAL_140pages_compressed.pdf);

<sup>3</sup> Alexander Berzin, in: Berzin Archives, „Tibetan Buddhism among the Han Chinese in China 1996“,

<https://studybuddhism.com/en/advanced-studies/history-culture/buddhism-in-east-asia/tibetan-buddhism-in-han-china-1994/tibetan-buddhism-among-the-han-chinese-in-china-1996>

<sup>4</sup> Ebd.;

<sup>5</sup> The Office of His Holiness the Dalai Lama, „Chinese understanding of Tibetan issue is growing says the Dalai Lama,“ 3. Januar 2012, <http://www.dalailama.com/news/post/783-chinese-understanding-of-tibetan-issue-is-growing-says-the-dalai-lama>;

Die chinesischen Behörden sehen die Kultur, Religion, Sprache und Identität Tibets als Bedrohung für die Stabilität ihrer Herrschaft und als mögliche Ursache für eine Abspaltung Tibets von China. Dementsprechend versuchen die chinesischen Behörden, den integralen Kern der tibetischen Zivilisation und Identität zu zerstören. Nach anfänglichen katastrophalen Bemühungen, die tibetische Kultur in den frühen Jahrzehnten der kommunistischen Herrschaft durch physische Zerstörung von Klöstern und Tempeln sowie durch die Tötung von Mönchen und Nonnen auszulöschen, stellten die chinesischen Behörden ihre Politik auf eine subtilere Herangehensweise um, indem sie Anstrengungen unternahmen, um die authentische tibetische Kultur durch eine staatlich anerkannte und kontrollierte Version zu ersetzen, die den ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Zielen der Kommunistischen Partei Chinas entspricht. Ziel war es, die tibetische Kultur und Religion so grundlegend zu verändern, dass sie ihrem Wesen beraubt und in etwas verwandelt wird, das die chinesischen Behörden kontrollieren können.

Die Angriffe des chinesischen Einparteiensystems auf den tibetischen Buddhismus und seine Kultur sind nicht nur Nebeneffekte einer Staatsgründung oder von Nationbuilding, sondern waren intendiert. Dies folgt aus den wiederholten ideologischen Kampagnen, die der chinesische Staat seit seiner Invasion in Tibet umgesetzt hat. Angesichts der Ressourcen, die ihm zur Verfügung stehen, um seine langfristigen Assimilationsziele in Tibet zu erreichen, ist die Gefahr eines kulturellen Völkermords in Tibet groß.

Nach dem Entwurf der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker von 1994 liegt ein Völkermord unter anderem dann vor, wenn eine überlegene Gruppe die Integrität einer anderen Gruppe verwässert, sie ihres Landes beraubt, sie in die Mehrheitskultur assimiliert oder die andere Kultur durch Propaganda herabwürdigt.<sup>6</sup>

### ***Zur Rolle der Religionsfreiheit in Tibet heute***

Der Schutz der Religionsfreiheit und die freie Religionsausübung als Menschenrecht sind in Tibet unvermindert von zentraler Bedeutung. Die Menschenrechtssituation insgesamt in Tibet ist weiterhin äußerst alarmierend, da in allen tibetischen Gebieten repressive Maßnahmen umgesetzt werden, die sich gegen Dissens und abweichende Meinungen richten, wobei sowohl der öffentliche Raum, als auch der privat geschützte Bereich Ziel von Überwachung, Indoktrination und Repression, insbesondere nach den landesweiten Protesten im Jahr 2008, geworden sind. Der Staat nutzt dabei Mittel physischer Präsenz von Sicherheitskräften, zwangsweiser Indoktrination (auch „patriotische Erziehung“) als auch zunehmend und in umfassender Weise elektronische Mittel der Überwachung. Hinzu kommen umfangreiche und systematische Verschärfungen von Gesetzen, die einen uneingeschränkten Eingriff in die persönliche Freiheit erlauben.

Besonders betroffen hiervon ist die freie Religionsausübung. Die chinesische Verfassung schützt die Religionsfreiheit, schränkt dies aber auf die „normale“ Religionsausübung ein, wobei nicht näher definiert wird, was unter „normal“ zu verstehen ist. Gesetze und Verordnungen enthalten indes umfassende Ermächtigungen, die in die Selbstverfassung des tibetischen Buddhismus eingreifen und das religiöse Leben massiv kontrollieren und einschränken. Hierzu zählen die Verordnung über die religiösen Angelegenheiten, der Erlass über die Bestimmung von buddhistischen Reinkarnationen, aber auch das „Anti-Terror-Gesetz“ und das Sicherheitsgesetz von 2015. Die im Februar 2018 in Kraft getretenen

---

<sup>6</sup> 1994/45. Draft United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples, siehe <http://pdba.georgetown.edu/IndigenousPeoples/UNdraft.html>;

überarbeiteten Regelungen über religiöse Angelegenheiten stellen de facto jede religiöse Betätigung unter Erlaubnisvorbehalt und verschärfen Sanktionen bei Zuwiderhandlungen. Das sogenannte Anti-Terror-Gesetz gewährt den Behörden weitreichende Vollmachten dürfte zukünftig dazu dienen, im Namen der nationalen Sicherheit ein hartes Vorgehen gegen Tibeter, Uiguren und die Zivilgesellschaft zu rechtfertigen sowie die Religions- und Meinungsfreiheit weiter zu untergraben. Besonders besorgniserregend sind die weiten und ungenauen Begriffsdefinitionen in dem Gesetz, etwa von "Terrorismus" oder "Extremismus".<sup>7</sup>

Untrennbar verbunden mit der Freiheit der Religionsausübung sind die Institutionen und die Lehre des tibetischen Buddhismus. Die vier Hauptlinien oder Schulen des tibetischen Buddhismus (Nyingma, Sakya, Kagyü und Gelug) werden geführt von spirituellen Oberhäuptern, die von diesen Schulen autonom bestimmt werden. Keines dieser Oberhäupter, darunter der Dalai Lama, lebt derzeit in Tibet. Im indischen Exil haben Tibeter unterdessen Klöster und buddhistische Einrichtungen aufgebaut, um die buddhistische Lehre uneingeschränkt und authentisch weitergeben zu können und zu bewahren. In Tibet selbst bemühen sich buddhistische Geistliche, Mönche wie Nonnen, trotz zahlreicher Einschränkungen und persönlicher Gefahren um die Bewahrung des tibetischen Buddhismus.

Traditionell waren etwa die Klöster des tibetischen Buddhismus Zentren spiritueller, kulturellen und ökonomischen Lebens. Auch heute spielen buddhistische Klöster in der tibetischen Gesellschaft trotz erheblicher Restriktionen eine große Rolle, etwa im Erbringen sozialer Dienstleistungen oder in Bildungsbelangen. Vor den Zerstörungen vor und während der sogenannten Kulturrevolution existierten in Tibet indes mehr als 6.000 Klöster, darunter große Einrichtungen, die als Lehranstalten dienten. Diese 6.000 Klöster wurden neben unzähligen weiteren Kulturschätzen beinahe komplett zerstört.<sup>8</sup>

Die nach wie vor umfassenden Einschränkungen der Religionsfreiheit in Tibet werden von Tibetern als äußerst bedrückend wahrgenommen. Seit 2009 haben sich mehr als 150 Tibeterinnen und Tibeter, unter ihnen zahlreiche Mönche und Nonnen, aus Protest gegen die Unterdrückung von Religion und Kultur selbst angezündet. Viele von ihnen forderten insbesondere die Rückkehr des 14. Dalai Lama nach Tibet.<sup>9</sup>

### ***Ideologische Grundlagen chinesischer Politik gegenüber dem tibetischen Buddhismus***

Nach Auffassung der Kommunistischen Partei Chinas läuft die Religionsausübung in Tibet aufgrund ihrer Verbindung zum Dalai Lama nicht nur dem Sozialismus, sondern auch dem chinesischen Staat zuwider. Daher müsse sichergestellt sein, den „tibetischen Buddhismus in Übereinstimmung mit der sozialistischen Gesellschaft“ zu lenken.<sup>10</sup>

---

<sup>7</sup> FIDH und International Campaign for Tibet, "China's new counter terrorism law – implications and dangers for Tibetans and Uyghurs", November 2017, <https://www.savetibet.org/wp-content/uploads/2016/11/FIDH-ICT-Chinas-new-counter-terrorism-law-Implications-and-Dangers-for-Tibetans-and-Uyghurs-15-11-2016-FINAL.pdf>;

<sup>8</sup> Tashi Puntsok, "Revisiting the "Cultural Revolution in Tibet", 21. Oktober 2016, <https://tibet.net/2016/10/revisiting-the-cultural-revolution-in-tibet/>; BBC, „Tibetan monks: A controlled life“, 20. März 2008, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/7307495.stm>;

<sup>9</sup> International Campaign for Tibet, "Self-Immolation Fact-Sheet", <http://www.savetibet.org/resources/fact-sheets/self-immolations-by-tibetans/>;

<sup>10</sup> International Campaign for Tibet, International Campaign for Tibet, "The Communist Party as Living Buddha", 25. April 2007, <https://www.savetibet.org/the-communist-party-as-living-buddha/>;

Infolgedessen beinhalten Gesetze und Verordnungen über die Religion umfassende, vage formulierte Eingriffsermächtigungen des Staates in Bezug auf vermeintlich rechtswidrige Aktivitäten. Den Umfang des Schutzes religiöser Aktivitäten vor staatlichen Eingriffen definieren sie indes nicht, beschreiben aber Verpflichtungen gegenüber dem Staat. Folglich müssen religiöse Gruppen, religiöse Schulen, Orte für religiöse Aktivitäten und Gläubige nicht nur „die Verfassung, Gesetze, Vorschriften und Regeln einhalten“, sondern sie haben auch die politischen Ziele und damit „die Einheit des Landes, die ethnische Einheit, religiöse Harmonie und soziale Stabilität“ zu gewährleisten, wie etwa in Artikel 4 der Verordnung über die Regelung von religiösen Angelegenheiten festgehalten.

Für Tibet bedeutet dies Politisierung und drastische staatliche Einmischung in religiöse Aktivitäten. Der tibetische Buddhismus soll „das sozialistische System und den Sozialismus mit chinesischen Merkmalen unterstützen“, so Xi Jinping<sup>11</sup>.

Während seines Besuchs in der Stadt Driru in Zentraltibet am 4. und 5. August 2016 erklärte Wu Yingjie, der Parteisekretär der Autonomen Region Tibet, dass Klöster „unbeirrbar“ zur Kommunistischen Partei Chinas stehen müssen, um gegen die „Dalai-Clique zu kämpfen“. Mönche und Nonnen müssten den Anweisungen von Xi Jinping folgen, um ihre religiöse Arbeit richtig auszuführen. Wu warnte, dass Mönche und Nonnen unbedingt „politisch zuverlässig“ sein sollten. Eine umfassende „Rektifikationsaktion“, die 2014 in Driru als Teil der Niederschlagung von andauernden Protesten umgesetzt wurde, beinhaltete in der Folge, dass Klöster, die als „illegal“ eingestuft wurden, abgerissen werden und Tibeter, die Bilder des Dalai Lama besitzen oder traditionelle Gebetssteine (Mani) legen, empfindliche Strafen hinnehmen mussten.<sup>12</sup>

2016 kündigte die chinesische Regierung Pläne an, die Partei und ihre „sozialistischen Grundwerte“ zum Schwerpunkt und Leitfaden für die religiöse Praxis zu machen. Im Oktober 2017 übernahm die Einheitsfrontabteilung der Partei die staatliche Religionsbehörde (SARA).<sup>13</sup>

2017 haben die chinesischen Behörden in der Autonomen Region Tibet eine weitere ideologische Kampagne ins Leben gerufen, die darauf abzielt, „die negativen Auswirkungen der Religion zu mindern“ und die Loyalität zu Xi Jinping als Teil einer intensivierten Kontrollagenda zum 19. Parteitag der Kommunistischen Partei zu fördern. Die neuen Propagandaanstrengungen konzentrierten sich auf die „vier Lieben“, die als „Kerninteressen“ der Kommunistischen Partei Chinas sowie als „Liebe zum Mutterland“, zur Heimatstadt und den eigenen Lebensumständen definiert wurde, was in zahlreichen

---

<sup>11</sup> International Campaign for Tibet, “New developments in China’s Tibet policy as Communist Party’s 19th Congress begins”; 17. Oktober 2017, <https://www.savetibet.org/new-developments-in-chinas-tibet-policy-as-communist-partys-19th-congress-begins/>;

<sup>12</sup> Radio Free Asia, “Tibetans Ordered to ‘Celebrate’ Festival in Restive Driru County”, 25. September 2014, <https://www.rfa.org/english/news/tibet/celebrate-09252014133307.html>; International Campaign for Tibet, „Harsh new ‘rectification’ drive in Driru: nuns expelled and warning of destruction of monasteries and ‘mani walls’“, 20. November 2014, <https://www.savetibet.org/harsh-new-rectification-drive-in-driru-nuns-expelled-and-warning-of-destruction-of-monasteries-and-mani-walls/>;

<sup>13</sup> Anne-Marie Brady, 2018, ‘Exploit Every Rift: United Front Work Goes Global’ in Julia Bowie and David Gitter (eds.), 18 October 2018, ‘Party Watch Annual Report 2018’, *Centre for Advanced China Research*, [https://docs.wixstatic.com/ugd/183fcc\\_5dfb4a9b2dde492db4002f4aa90f4a25.pdf](https://docs.wixstatic.com/ugd/183fcc_5dfb4a9b2dde492db4002f4aa90f4a25.pdf), page 35;

Zusammenkünften in der Region unterstrichen wurde. Die Kampagne fokussierte sich auch auf „vier Bedeutsamkeiten“, die darauf abzielten, Bewunderung und Loyalität für die Partei und die „Einheit des Mutterlandes“ zu erzeugen. KP-Kader und Offizielle haben die Kampagne in Klöstern in der gesamten Autonomen Region Tibets vorangetrieben und darauf hingewiesen, dass vorrangig sei, die Einhaltung der Politik der Kommunistischen Partei unter tibetischen Mönchen und Nonnen sowie in Schulen und Universitäten sicherzustellen.<sup>14</sup>

Während Präsident Xi Jinping 2015 noch die Notwendigkeit einer aktiven Ausrichtung der Religionen zur Anpassung an die sozialistische Gesellschaft betonte<sup>15</sup>, gehen jüngste Verlautbarungen noch weiter und verweisen auf eine notwendige „Sinisierung“ der Religion.<sup>16</sup>

### ***Beispiele repressiver Religionspolitik***

Beispiele für diese Sinisierung und gleichsam repressive Politik gegenüber dem tibetischen Buddhismus sind die Einführung eines amtlichen Registers von „verifizierten“ Buddhas<sup>17</sup>, die Vertreibung von Tausenden von Gläubigen – darunter auch zahlreiche Chinesen – aus dem buddhistischen Studienzentrum von Larung Gar<sup>18</sup>, sowie die Einführung eines neuen politischen „Zuverlässigkeitstrainings“ für Mönche und Nonnen.<sup>19</sup>

Regierungsangestellte werden in Bezug auf ihre Religionsausübung eingeschränkt. Sollten sie etwa Tempel besuchen, wurde ihnen gedroht, ihren Personalausweis, ihre Sozialleistungen und ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Verbote gegenüber Kindern, religiöse Stätten zu besuchen und an religiösen Aktivitäten teilzunehmen, sind ebenfalls üblich.<sup>20</sup>

Auch kleine religiöse Akte wurden kriminalisiert. Im Juni 2015 wurde Choekyi, ein tibetischer Mönch aus dem Phugu-Kloster in der Gemeinde Nyitod im Bezirk Serthar, Sichuan, zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, weil er ein T-Shirt mit tibetischem Text trug, das den 80. Geburtstag des Dalai Lama erwähnte.<sup>21</sup> Ebenso wurden im Dezember 2016 neun Tibeter

---

<sup>14</sup> International Campaign for Tibet, „Inside Tibet: The four loves and the enemy within: new ideological campaign in Tibet reflects heightened agenda of control in 19th Party Congress year“; 20. April 2017;

<sup>15</sup> International Campaign for Tibet, „New developments in China’s Tibet policy as Communist Party’s 19th Congress begins“, 17. Oktober 2017, <https://www.savetibet.org/new-developments-in-chinas-tibet-policy-as-communist-partys-19th-congress-begins/>;

<sup>16</sup> Global Times, „5 main religions in China agree to sinicize“, 7. September 2017, <http://www.globaltimes.cn/content/1065265.shtml>;

<sup>17</sup> BBC, „China publishes ‘verified living Buddha’ list“, 18. Januar 2016, <https://www.bbc.com/news/blogs-news-from-elsewhere-35342497>;

<sup>18</sup> Human Rights Watch, „China: Major Tibetan Buddhist Institution Faces Further Demolitions“, 29. März 2017: <https://www.hrw.org/news/2017/03/29/china-major-tibetan-buddhist-institution-faces-further-demolitions>;

<sup>19</sup> Human Rights Watch, „China: New Political requirements for Monastics“, 30. Oktober 2018, <https://www.hrw.org/news/2018/10/30/china-new-political-requirements-tibetan-monastics>;

<sup>20</sup> Human Rights Watch, „China: Tibetan Children Banned from Classes“, <https://www.hrw.org/news/2019/01/30/china-tibetan-children-banned-classes>, 30 January 2019

<sup>21</sup> International Campaign for Tibet, „Fears for health of Tibetan monk jailed for celebrating Dalai Lama’s birthday“, 30. Januar 2019;

wegen geplanter Feiern zum Geburtstag des Dalai Lama zu Haftstrafen von fünf bis 14 Jahren verurteilt.<sup>22</sup>

In zwei Beispielen wurden die tibetischen Ladenbesitzer in Draggo, Kardze, von einem „Umfassenden Kultur-Vollzugseinheit“ auf Kreisebene angewiesen, alle Bilder des Dalai Lama abzugeben. In Dzoeye, Ngaba, Sichuan, stürmten im Dezember 2015 in Sturmhauben gekleidete Spezialeinheiten Internetcafés und tibetische Teeengeschäfte.<sup>23</sup>

Die Überwachung und Kontrolle in buddhistischen Klöstern wurde in den vergangenen Jahren ausgeweitet. Bereits 2014 wurde die Einrichtung von fünf Polizeiwachen in Klöstern in der Provinz Gansu angekündigt. In Labrang (Sangchu, Chinese: Xiahe), Gansu, wo mehrere Selbstverbrennungen stattgefunden haben, gaben die Behörden bekannt, dass 24 Polizeistationen in Klöstern eingerichtet worden seien. Die neuen Polizeiwachen sind Teil eines Rollouts der nach 2008 angekündigten Pläne für den Bau von Polizeistationen in tibetischen Klöstern. Klöster wurden unterdessen direkter Kontrolle von Parteikadern unterstellt.<sup>24</sup>

Tibeter, die im Rahmen eines sogenannten Armutsbekämpfungsprogramms staatliche Unterstützungsleistungen erhalten, wurden von den chinesischen Behörden aufgefordert, in ihrem Besitz befindliche Fotos des Dalai Lama sowie ihre Hausaltäre zu zerstören. In einigen Fällen sei von den Familien sogar verlangt worden, sich stattdessen vor Bildern des chinesischen Staats- und Parteichefs Xi Jinping zu verneigen und ihnen rituelle Opfergaben darzubringen.<sup>25</sup> Einer Quelle zufolge sollen vom chinesischen Staat errichtete Häuser, in denen tibetische Nomaden zwangsweise sesshaft gemacht werden, bereits von vornherein mit kleinen Altären versehen worden sein, auf denen statt buddhistischer Abbildungen die Fotos chinesischer KP-Führer prangten. Laut einem Bericht der staatlichen chinesischen Agentur Xinhua vom 10. Januar 2019 betonte der Gouverneur der Autonomen Region Tibet Che Dalha die Fortsetzung der politischen Unterdrückungsmaßnahmen, die in der Sprache der KP-Propaganda als Kampf gegen „Sezession, Infiltration und Sabotage feindlicher Kräfte“ titulierte werden.<sup>26</sup>

Der von der chinesischen Regierung im Jahre 1995 entführte Panchen Lama Gendun Choekyi Nyima war im Alter von sechs Jahren von den chinesischen Behörden mitsamt seiner Familie entführt worden, nachdem ihn der Dalai Lama kurz zuvor als 11. Inkarnation des Panchen Lama anerkannt hatte. Indes präsentierte die chinesische Führung der Öffentlichkeit einen von ihr ernannten Panchen Lama. Dieser jedoch wird von den meisten tibetischen Buddhisten als illegitim abgelehnt. Bis heute wird Gendun Choekyi Nyima an einem

---

<sup>22</sup> International Campaign for Tibet, “Tibetans sentenced to long prison terms for involvement in Dalai Lama’s 80th birthday celebration”, 15. Dezember 2016, <https://www.savetibet.org/tibetans-sentenced-to-long-prison-terms-for-involvement-in-dalai-lamas-80th-birthday-celebration/>;

<sup>23</sup> International Campaign for Tibet, “Dalai Lama compared to Iraqi dictator by Chinese state media as order issued for seizure of pictures”, 11. Februar, 2016;

<sup>24</sup> International Campaign for Tibet, “Suffocating religious freedom in Tibet”, 25. Oktober 2016, <https://www.savetibet.org/suffocating-religious-freedom-in-tibet-chinas-draft-regulations-on-religious-affairs/>

<sup>25</sup> International Campaign for Tibet, “Tibetans ordered to prostrate to Xi Jinping”; 15. Januar 2019, <https://www.savetibet.org/tibetans-ordered-to-prostrate-to-xi-jinping/>;

<sup>26</sup> Xinhua, 10. Januar 2019, [http://www.xinhuanet.com/english/2019-01/10/c\\_137733857.htm](http://www.xinhuanet.com/english/2019-01/10/c_137733857.htm);

unbekannten Ort festgehalten. Sein Fall ist nach wie vor von außerordentlich großer Bedeutung für tibetische Buddhisten.

Der einflussreiche und angesehene tibetische Lama Tenzin Delek Rinpoche ist 2015 unter ungeklärten Umständen in einem chinesischen Gefängnis gestorben, wo er seit mehr als zwölf Jahren eine lebenslange Haftstrafe verbüßte. Tenzin Delek Rinpoche galt als einer der bekanntesten Fälle politischer Gefangener in Tibet. Menschenrechtsgruppen, aber auch eine Reihe westlicher Regierungen hatten wiederholt seine Freilassung gefordert. Die Umstände seiner Verurteilung waren äußerst zweifelhaft gewesen, auch hatte es seit langem Befürchtungen hinsichtlich seines Gesundheitszustandes gegeben. Nach dem einzigen Besuch, der seinen Angehörigen in beinahe 13 Jahren der Haft gestattet worden war, hatten Familienmitglieder im Jahr 2013 von Herzproblemen berichtet. Ob der bei seinem Tod 64-Jährige im Gefängnis medizinisch versorgt wurde, ist unbekannt. Der Fall ist exemplarisch für das Vorgehen der Behörden gegen angesehene tibetische Geistliche. Eine Untersuchung erhobener Vorwürfe über Folter und Misshandlung hat trotz Aufforderung naher Angehöriger und internationaler Menschenrechtsexperten nicht stattgefunden.<sup>27</sup>

### ***Anerkennung von Reinkarnationen***

Von zentraler Bedeutung für den tibetischen Buddhismus ist die Anerkennung der Reinkarnationen buddhistischer Geistlicher. Nach internationalen Menschenrechtsstandards, abgeleitet von Art. 18 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und Art. 18 des Zivilpakts, ist es das Recht religiöser Gemeinschaften, ihre Würdenträger, Lehrer oder sonstigen Repräsentanten selbst zu bestimmen.<sup>28</sup> Die chinesische Regierung indes greift in dieses Recht ein, indem sie die Anerkennung buddhistischer Reinkarnationen unter einen umfassenden Genehmigungsvorbehalt stellt, der letztlich dazu führt, dass die chinesischen Behörden und nicht die Religionsgemeinschaft über die Einsetzung von buddhistischen Würdenträgern entscheiden.<sup>29</sup>

Im April 2016 gaben die chinesischen Behörden bekannt, dass die Einrichtung einer „Lebende Buddhas-Datenbank mit Biografien von über 1.300 lebenden Buddhas, die im Land leben“ kurz vor dem Abschluss stehen. Die chinesischen staatlichen Medien berichteten, dass das Online-Registrierungssystem die Profile von 1.311 Personen enthält, die vom Staat als „wiedergeborene Buddhas“ anerkannt sind. Die Daten, die der Website hinzugefügt

---

<sup>27</sup> Committee Against Torture, Concluding observations on the fifth periodic report of China, 3. Februar 2016, <https://docstore.ohchr.org/SelfServices/FilesHandler.ashx?enc=6QkG1d%2FPPRiCAqhKb7yhsIEE2YuVt8GA5WK G3GEX%2BZEXqjnsVnWP%2BkQ6f9cmzWcEPJYdFWEXvIFmDTE3WtKbIKZXAKr5OVTwnh86Q4GNZXSmrqMf55xy aMPMcFusW3o2;>

<sup>28</sup> Etwa 1981 Declaration of the General Assembly of the United Nations, oder Human Rights Committee, General Comment 22, Article 18 (Forty-eighth session, 1993). Compilation of General Comments and General Recommendations Adopted by Human Rights Treaty Bodies, U.N. Doc. HRI/GEN/1/Rev.1 at 35 (1994), para 4: “[...] the practice and teaching of religion or belief includes acts integral to the conduct by religious groups of their basic affairs, such as the freedom to choose their religious leaders, priests and teachers, the freedom to establish seminaries or religious schools and the freedom to prepare and distribute religious texts or publications.”

<sup>29</sup> Siehe hierzu “Order No. 5” der Staatlichen Religionsbehörde (SARA) vom 1. September 2007, [http://www.gov.cn/gongbao/content/2008/content\\_923053.htm](http://www.gov.cn/gongbao/content/2008/content_923053.htm); auch Artikel 36 der überarbeiteten Regelungen über Religionsangelegenheiten;

wurden, basieren auf Angaben zu 870 „Lebenden Buddhas“, die von der staatlichen Buddhistenvereinigung Chinas bereitgestellt wurden.

Der chinesische Staat hat unterdessen Pläne angekündigt, eine eigene Reinkarnation des 14. Dalai Lama zu ernennen.<sup>30</sup> Der 14. Dalai Lama ist derzeit 83 Jahre alt. Nach der tibetisch-buddhistischen Tradition wird nach dem Tod des gegenwärtigen Dalai Lama seine Wiedergeburt gesucht. Der 14. Dalai Lama ist der spirituelle Führer des tibetischen Buddhismus. Seine Reinkarnation ist eine wichtige religiöse und politische Frage, die insbesondere von der internationalen Politik besondere Aufmerksamkeit erfordert.

Der Dalai Lama hat unterdessen in 2011 unterstrichen, dass allein das tibetische Volk und die Institutionen des tibetischen Buddhismus, auf keinen Fall jedoch die chinesische Regierung, über die Reinkarnation des Dalai Lama entscheiden können.<sup>31</sup> Diese Position hat er seither wiederholt bekräftigt.<sup>32</sup>

---

<sup>30</sup> Reuters, “China tells Dalai Lama again to respect reincarnation”, 10. September 2014, <https://www.reuters.com/article/us-china-tibet/china-tells-dalai-lama-again-to-respect-reincarnation-idUSKBN0H50ST20140910>;

<sup>31</sup> The Dalai Lama, “Reincarnation”, 24. September 2011, <https://www.dalailama.com/messages/retirement-and-reincarnation/reincarnation>;

<sup>32</sup> Siehe zuletzt in ABC, “Dalai Lama says he could be reincarnated in India, but Beijing says rebirth must follow Chinese rules”, 21. März 2019; <https://www.abc.net.au/news/2019-03-21/dalai-lama-says-he-could-be-reincarnated-in-india/10923354>;

## **2. Inwieweit stellen religiöse Glaubensgemeinschaften aus Sicht der KP China eine Herausforderung für ihren Machtanspruch dar und wie schätzen Sie deren tatsächliche Ressourcen dazu ein? (SPD)**

Es wird zusätzlich auf die grundsätzlichen Ausführungen in Beantwortung von Frage 1, am Anfang, verwiesen.

Grundsätzlich ist zu konstatieren, dass aus Sicht der Kommunistischen Partei Chinas, die den Anspruch alleiniger Herrschaft vertritt, jeglicher Dissens und abweichendes Verhalten als Herausforderung ihrer Macht verstanden werden muss. So hat Xi Jinping unmittelbar nach seinem Amtsantritt in einem 2013 bekannt gewordenen Strategiepapier („Document No. 9“) der Kommunistischen Partei Chinas deutlich gemacht, dass „westliche Werte“, Pluralismus, universelle Rechte, Rechtsstaatlichkeit oder Gewaltenteilung strikt abzulehnen seien und die Kommunistische Partei Chinas und ihre Vergangenheit nicht hinterfragt werden dürften.<sup>33</sup> Vor diesem Hintergrund erscheint nicht nur das harte Vorgehen in Tibet und Xinjiang, sondern auch die systematische Verfolgung von chinesischen Menschenrechtsverteidigern und Anwälten wie auch die massive Zensur im öffentlichen Raum folgerichtig.

Tibetische Buddhisten wollen ihre Religion frei ausüben, nach ihrem Glauben handeln und ihn öffentlich kundtun. Dies umfasst auch die autonome Bestimmung ihrer religiösen Würdenträger gemäß international anerkannten Standards der Religionsfreiheit. Insofern tibetische Buddhisten für diese Rechte eintreten, fordern sie lediglich ihre nach internationalem Recht zugesicherten Rechte ein. Nach dem oben Gesagten ist es bedauerlich, aber folgerichtig, dass die Kommunistische Partei Chinas dieses Einfordern von Rechten als Herausforderung ihrer Herrschaft ansehen muss, unabhängig davon, ob damit die Übernahme politischer Herrschaft angestrebt wird oder nicht.

Der 14. Dalai Lama und die Tibeter im Exil treten indes ein für eine dialogorientierte Lösung der Tibet-Frage. Der Dalai Lama vertritt die Position des „Mittleren Wegs“, der eine echte Autonomie für das tibetische Volk innerhalb des chinesischen Staatsverbandes vorsieht. Zuletzt haben die Repräsentanten des Dalai Lama der chinesischen Regierung im Jahre 2008 einen umfangreichen Vorschlag für eine dialogorientierte Lösung vorgelegt, die sich an Vorgaben des chinesischen Rechts orientiert.<sup>34</sup>

---

<sup>33</sup> ChinaFile, „Document 9: A ChinaFile Translation“, 8. November 2013, <http://www.chinafile.com/document-9-chinafile-translation>;

<sup>34</sup> Bureau of His Holiness the Dalai Lama in New Delhi, 2008, „Memorandum on the genuine autonomy for the Tibetan people“, <https://tibetbureau.in/memorandum-on-genuine-autonomy-for-the-tibetan-people/>; umfassende Informationen über den „Mittleren Weg“ des Dalai Lama und der Tibetischen Zentralverwaltung auf: „Middle Way Approach“, <https://mwa.tibet.net/>;

### **3. Welche Informationen können Sie dem Ausschuss zu Umerziehungslagern der chinesischen Zentralregierung geben, insbesondere hinsichtlich der Anzahl der Lager sowie der internierten Personen, der Vorwürfe unter deren Zuhilfenahme Internierungen stattfinden, möglicher Rechtsmittel und der Haftbedingungen? (FDP)**

„Umerziehung“ findet in Tibet im Rahmen sog. „patriotischer Erziehung“ oder durch Indoktrinationsmaßnahmen in Klöstern, Städten und Dörfern statt, die sich sowohl an Mönche und Nonnen als auch an die übrige Bevölkerung richten. Während diese Maßnahmen zur „Umerziehung“ schon vor 2008, den landesweiten Protesten in Tibet, zu beobachten waren, ist nach diesen Protesten und insbesondere seit 2011 eine neue Qualität dieser Maßnahmen zu beobachten. So begann die Kommunistische Partei Chinas im Oktober 2011 damit, im Rahmen eines Programmes „Stärke die Grundlagen, nutze den Massen“, rund 20.000 Parteikader in tibetische Dörfer und Gemeinden der Autonomen Region Tibet zu entsenden, um „politische Bildung“ zu betreiben und um sich mit Tibetern „anzufreunden“.<sup>35</sup> Das Programm wurde in der Folge auf weitere tibetische Gebiete ausgeweitet und wird bis heute fortgeführt.

Architekt dieses Programmes ist Parteisekretär Chen Quanguo, der von 2011 bis 2016 in der Autonomen Region Tibet als Parteisekretär fungierte. Chen wurde 2016 mit der Führung der Autonomen Region Xinjiang betraut, offenbar weil er sich aus Sicht der Partei Verdienste in Tibet erworben hatte. In Tibet hatte er weiterhin „bequeme Polizeiwachen“ eingeführt, die in den urbanen Zentren Tibets systematisch in Rastern angeordnet wurden. Bis Ende 2016 wurden mehr als 700 dieser Wachen eingerichtet, die basierend auf einer lückenlosen elektronischen Überwachung ein schnelles Eingreifen erlauben.<sup>36</sup> In seine Zeit fallen ferner Berichte über Folter und Misshandlung an Tibetern.<sup>37</sup> Grundlage dieser Politik ist offenbar die Annahme eines Generalverdachtes gegenüber jedem Tibeter. Während die Behörden vor 2008 mit repressiven Maßnahmen auf Dissens reagierten und ansonsten mittels Subventionen Tibeter für sich zu gewinnen versuchten, wird nunmehr unterschiedslos und anlasslos Indoktrination gegenüber Tibetern angewandt, um Konformität präventiv zu erzwingen. Ohne die Situation in Xinjiang einer Einschätzung unterziehen zu können, erscheinen die Parallelen in der Herangehensweise gegenüber Tibetern und Uiguren augenfällig zu sein. Daher besteht die Sorge, dass die Maßnahmen, die in Xinjiang zu beobachten sind, auch in Tibet angewandt werden könnten.

Eine Internierung ganzer Personengruppen ist auch in Tibet immer wieder zu beobachten. So wurden schätzungsweise 500 Tibeter, die 2012 an einer bedeutenden religiösen Zeremonie mit dem 14. Dalai Lama im indischen Bodh Gaya teilgenommen haben, bei ihrer Rückkehr nach Tibet festgenommen und Berichten zufolge in Schulen und Kasernen verbracht, die zu Haftanstalten umgebaut worden waren. Vorgeworfen wurde diesen Personen Berichten

---

<sup>35</sup> Human Rights Watch, „China: ‘Benefit the Masses’ Campaign Surveilling Tibetans“, 18. Juni 2013, <https://www.hrw.org/news/2013/06/18/china-benefit-masses-campaign-surveilling-tibetans>;

<sup>36</sup> International Campaign for Tibet, „The origin of the ‘Xinjiang model’ in Tibet under Chen Quanguo: Securitized ethnicity and accelerating assimilation“, 10. Dezember 2018, <http://www.savetibet.org/the-origin-of-the-xinjiang-model-in-tibet/>;

<sup>37</sup> International Campaign for Tibet, „Torture and Impunity – 29 Cases of Tibetan Political Prisoners“, 26. Februar 2015, <http://www.savetibet.org/torture-and-impunity-29-cases-of-tibetan-political-prisoners/>; Committee Against Torture, „Concluding Observations“, Februar 2016, CAT/C/CHN/CO/5;

zufolge der Besitz von Fotografien des Dalai Lama oder anderen aus Sicht der chinesischen Behörden inakzeptablen Gegenständen. Dabei wurden Familienmitglieder voneinander getrennt und älteren Tibetern die medizinische Versorgung verweigert. Einzelne Quellen berichteten von „untragbarem psychologischen Druck“. Die Inhaftierten seien sogenannter „Rechtserziehung“ unterzogen worden und mussten hohe Strafen zahlen. Über die Dauer der Inhaftierung herrscht Unklarheit, auszugehen ist jedoch von einer Haftzeit von rund 20 Tagen bis zu drei Monaten.<sup>38</sup>

In jüngster Vergangenheit hat ein Bericht der chinesischen Staatsmedien vom 22. Januar 2019 die Eröffnung eines neuen „politischen Schulungslagers“ für Mitglieder der Kommunistischen Partei angekündigt. In der sich in der Nähe der Stadt Shigatse (chin.: Rikaze, Autonome Region Tibet) befindenden Einrichtung sollen demnach Parteikader geschult werden, die u.a. seit 2011 zu Tausenden in tibetischen Klöstern, Schulen und Privathäusern Regierungspropaganda betreiben. Der Bericht der Staatsmedien betont, es sei wichtig, das Denken der KP-Mitglieder zu „korrigieren“ und zu formen. Die Kader müssten ihre Grundhaltung ändern, sie dürften nicht nur oberflächlich die Slogans der KP verinnerlichen, sondern sollten einen kompletten ideologischen Wandel erreichen. Sorge besteht über die neue Qualität der Indoktrination von Parteikadern, die in derartigen „Schulungslagern“ einer noch stärkeren Beeinflussung und „patriotischer Erziehung“ unterzogen werden sollen. Gleichzeitig sei die Einrichtung eines Lagers offensichtlich Ausdruck sowohl des umfassenden Kontrollanspruchs der KP, als auch eines tiefen Misstrauens in die Zuverlässigkeit offenbar tibetischer Parteikader, so Beobachter. Erst vor Kurzem hatte die „Global Times“, das auf Englisch erscheinende Propagandasprachrohr der KP, berichtet, dass in Tibet drei KP-Funktionäre aus der Partei ausgeschlossen worden seien, weil sie nicht näher spezifizierte „verbotene Objekte“ verehrt hätten, bei denen es sich möglicherweise um buddhistische Kultobjekte oder Bilder des Dalai Lama handelte.<sup>39</sup>

Zu den täglichen Aktivitäten im Lager werde das Hissen der roten KP-Fahne und das Absingen der chinesischen Nationalhymne gehören, heißt es in dem Bericht weiter. Die Einrichtung solle ein Zentrum des sogenannten „Anti-Sezessions-Kampfes“ sein. Unterstrichen wird der repressive Charakter des Lagers durch die dort angestrebte „paramilitärische“ Disziplin sowie die Betonung des Strafmittels der „Selbstkritik“ und der Notwendigkeit, das „Denken der Menschen zu korrigieren“. Damit folgt das „Schulungsprogramm“ der Richtung der Kampagnen der „politischen Umerziehung“, die in den vergangenen Jahren in ganz Tibet stark ausgeweitet wurden.

---

<sup>38</sup> International Campaign for Tibet, „Lockdown in Lhasa at Tibetan New Year; unprecedented detentions of hundreds of Tibetans after Dalai Lama teaching in exile“, 22. Februar 2012; Human Rights Watch, „China: End Crackdown on Tibetans Who Visited India“, 16. Februar 2012, <https://www.hrw.org/news/2012/02/16/china-end-crackdown-tibetans-who-visited-india>;

<sup>39</sup> International Campaign for Tibet, „Neues „politisches Schulungslager“ soll KP-Mitglieder ideologisch auf Linie bringen / ICT: Sorge über neue Qualität von Indoktrination“, 15. Februar 2019, <https://savetibet.de/pressemitteilungen/15-02-2019-tibet-neues-politisches-schulungslager-soll-kp-mitglieder-ideologisch-auf-linie-bringen-ict-sorge-ueber-neue-qualitaet-von-indoktrination/>;

## **6. Werden Einzelpersonen, die sich für religiöse Minderheiten in China, wie die Uiguren, einsetzen, außerhalb der Volksrepublik China überwacht, verfolgt und/oder eingeschüchtert? Und wenn ja, inwieweit? (FDP)**

Es ist davon auszugehen, dass die Volksrepublik China insbesondere auch die tibetische Diaspora im Exil überwacht und auszuspähen versucht. Dies beinhaltet, wie einige bekanntgewordene Fälle zeigen, offenbar direkte Ausforschung, als auch verstärkt umfassende elektronische Überwachung.

Dem Verfassungsschutzbericht 2017 zufolge gehört China „nach wie vor zu den Hauptakteuren im Bereich der Cyberangriffe.“ So heißt es, „chinesische Nachrichtendienste verfügen über die Möglichkeit zur Durchführung langfristiger und strategisch angelegter Cyberspionageangriffe. Die Kapazitäten umfassen dabei nicht nur die Fähigkeit, komplexe internationale Angriffe zielgerichtet durchzuführen, sondern diese auch parallel mit einer Vielzahl von Opfern zu betreiben.“<sup>40</sup> Als Aufklärungsziele nennt der Bericht ferner die „Bekämpfung der Bestrebungen, die – nach chinesischem Verständnis – das Machtmonopol der Partei erschüttern und die nationale Einheit bedrohen: Zu den von den chinesischen Behörden als „Fünf Gifte“ bezeichneten Bewegungen zählen die nach Unabhängigkeit strebenden ethnischen Minderheiten der Uiguren und Tibeter, die regimekritische Falun-Gong-Bewegung, die Demokratiebewegung und die Befürworter einer Eigenstaatlichkeit der Insel Taiwan.“<sup>41</sup> Frühere Verfassungsschutzberichte hatten unterdessen über Ausforschungsbemühungen chinesischer Dienste in Zusammenhang mit den Gedenktagen zum Tibetischen Volksaufstandes von 1959 berichtet, die sich gegen Tibetorganisationen in Deutschland gerichtet haben.<sup>42</sup>

Schon in 2009 ergab sich aus einer Studie, die von einer Forschergruppe des „Munk Centre for International Studies“ der Universität Toronto veröffentlicht worden ist, dass offizielle Vertretungen des Dalai Lama, die Tibetische Zentralverwaltung in Dharamsala, Indien, und eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen Ziel des mutmaßlich aus China stammenden Spionagenetzwerkes „GhostNet“ geworden waren. Betroffen von „GhostNet“ waren mindestens 1.295 Computer in 103 Ländern, so die Studie, wobei vor allem hochwertige Ziele aus Politik, Wirtschaft und Militär angegriffen worden sind.<sup>43</sup> Tibetorganisationen berichten unterdessen regelmäßig von Cyber-Angriffen auf ihre Computernetzwerke.

2018 haben die schwedischen Behörden einen tibetischen Mann festgenommen und ihn der Spionage für die chinesische Regierung beschuldigt. Der 49-Jährige soll seine Landsleute in Schweden ausgespäht haben.<sup>44</sup>

---

<sup>40</sup> Verfassungsschutzbericht 2017, S. 272;

<sup>41</sup> Ebd., S.280;

<sup>42</sup> So im Verfassungsschutzbericht 2012, S.395;

<sup>43</sup> The New York Times, 22. März 2009, „Vast Spy System Loots Computers in 103 Countries“, <https://www.nytimes.com/2009/03/29/technology/29spy.html>;

<sup>44</sup> The Guardian, „Sweden charges Tibetan resident with spying on fellow exiles for China“, 12. April 2018, <https://www.theguardian.com/world/2018/apr/12/sweden-charges-tibetan-resident-with-spying-on-fellow-exiles-for-china>;

**8. Welche Konsequenz hat die chinesische Umerziehungspraxis, die weiterhin massiv zunimmt, und welche Reaktion westlicher Demokratien kann zum Schutz religiöser Minderheiten, wie der Christen, der muslimischen Uiguren und der buddhistischen Tibeter sowie anderer, in China beitragen? (CDU/CSU)**

Die Umerziehungspraxis des chinesischen Staates, in Tibet seit längerem auch als „patriotische Erziehung“ bekannt, hat weitreichende Folgen für Individuum und Gesellschaft.

Die Praxis der Umerziehung und Indoktrination durch chinesische Behördenvertreter oder Kader der Kommunistischen Partei Chinas beinhaltet oftmals insbesondere gegenüber buddhistischen Mönchen und Nonnen die Vorgabe, dem Dalai Lama, das spirituelle Oberhaupt der Tibeter, abzuschwören oder ihn gar zu verunglimpfen. Dies bedeutet einen empfindlichen Eingriff in den Bereich des „Forum Internum“, i.e. die Freiheit, einen Glauben oder eine Religion anzunehmen, was nach internationalen Menschenrechtsnormen absoluten Schutz genießt<sup>45</sup>.

Leisten Mönche und Nonnen Widerstand und weigern sich, den Dalai Lama zu verunglimpfen oder ihm abzuschwören, oder geben sie „falsche“ Antworten, so müssen sie mit Festnahmen, Strafen oder dem Ausschluss aus dem Kloster rechnen und können nicht mehr ihren Glauben als Mönche und Nonnen praktizieren.<sup>46</sup>

Westliche Demokratien sollten mit besonderer Aufmerksamkeit Eingriffe in absolut geschützte Bereiche der Religionsfreiheit beobachten und diese mit Nachdruck gegenüber der chinesischen Regierung thematisieren. Dies betrifft insbesondere Maßnahmen der zwangsweisen Indoktrination ganzer Bevölkerungsteile, der „patriotischen Umerziehung“ in Klöstern oder die Verbringung in Umerziehungslager.

Regierungen und Parlamente sollten entsprechende Eingriffe als deutliche Warnsignale für eine besorgniserregende Gesamtentwicklung einer Gesellschaft verstehen, da diese Eingriffe sowohl beim Individuum als auch kollektiv traumatische Folgen haben können, die das Zusammenleben und den Frieden zwischen gesellschaftlichen Gruppen stören oder gar dauerhaft über Generationen zerstören können.

Des Weiteren wird auf die Beantwortung von Frage 10 verwiesen.

---

<sup>45</sup> Siehe etwa Artikel 18 (2), ICCPR.

<sup>46</sup> Siehe hierzu etwa International Campaign for Tibet, 29. April 2008, „Mass detentions of monks, suicides and despair as enforced condemnation of Dalai Lama provokes dissent“, <https://www.savetibet.org/mass-detentions-of-monks-suicides-and-despair-as-enforced-condemnation-of-dalai-lama-provokes-dissent/>; International Campaign for Tibet, 20. November 2014, „Harsh new ‘rectification’ drive in Driru: nuns expelled and warning of destruction of monasteries and ‘mani walls’“, <https://www.savetibet.org/harsh-new-rectification-drive-in-driru-nuns-expelled-and-warning-of-destruction-of-monasteries-and-mani-walls/>; International Campaign for Tibet, 26. Mai 2011, „Crackdown in Ngaba: monks detained for giving wrong answers in ‘patriotic education’“, <https://www.savetibet.org/crackdown-in-ngaba-monks-detained-for-giving-wrong-answers-in-patriotic-education/>;

**9. Welche Zusammenhänge sehen Sie zwischen der systematischen Unterdrückung religiöser Minderheiten in China, den Bestrebungen, auf nationaler Ebene Stabilität zu sichern sowie die Energieversorgung zu gewährleisten und dem Ausbau politischer und wirtschaftlicher Einflussnahme auf internationalem Parkett, und welche Schritte halten Sie für besonders vielversprechend, um die schweren Menschenrechtsverletzungen an religiösen Minderheiten, insbesondere in Xinjiang und Tibet, aufzuarbeiten und China dazu zu bewegen, dieses Vorgehen zu beenden? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Zusätzlich wird auf die Beantwortung von Frage 10 verwiesen.

a) Pekings strategisches Interesse an Tibet

Das Hochland von Tibet – auch als „Dritter Pol“ bezeichnet – ist von enormer Bedeutung als Wasserspeicher für große Teile Ost-, Südost- und Südasiens. Da die meisten der großen Flüsse Asiens, wie der Jangtse, der Mekong und der Brahmaputra, in Tibet entspringen, sind Hunderte Millionen Menschen an deren Unterläufen von der Wasserpolitik Chinas betroffen. Der Zugang zu Wasser dürfte daher ein entscheidender Faktor für die Entwicklung vieler Länder Asiens werden. Gleichfalls könnte er Ursache für gewaltsame Konflikte in Asien werden.<sup>47</sup>

Tibet ist reich an Bodenschätzen. Es verfügt über die größten Vorkommen in der VR China an Kupfer, Chromit (verwendet in der Stahlproduktion) und die zweitgrößte Lithiumreserven der Welt (für Batterien). In den tibetischen Gebieten gibt es außerdem Uran, Gold, Borax (verwendet in Keramik und Glas), Kohle und Öl.<sup>48</sup>

Tibet ist überdies von geostrategischer Bedeutung, da es unter anderem an Indien, Pakistan, Nepal und Bhutan grenzt. Schon 1987 hat der Dalai Lama in seinem „Five Point Peace Plan“ die Entmilitarisierung Tibets als Beitrag zur Entspannung in der Region vorgeschlagen.<sup>49</sup> Das Hochland von Tibet ist zweifellos für die chinesische Regierung von strategischem Interesse, insbesondere vor dem Hintergrund schwelender Konflikte mit Indien.

Zu diesen Aspekten tritt das Interesse der Kommunistischen Partei, „Stabilität“ in Tibet zu wahren, insbesondere um den eigenen Machtanspruch im Einparteiensstaat Chinas zu untermauern. Nicht zu unterschätzen ist dabei die Wirkung nationalistischer Propaganda gegenüber der eigenen Bevölkerung. Demnach wurde Tibet „befreit“ und als angeblich rückständige Gesellschaft in die Moderne geführt.<sup>50</sup> Insofern entfaltet Chinas Kontrolle über

---

<sup>47</sup> Siehe Brahma Chellaney, „A water war in Asia?“, 27. November 2016, <https://www.project-syndicate.org/commentary/china-dam-building-asia-water-war-by-brahma-chellaney-2016-11?barrier=accesspaylog>;

<sup>48</sup> The Economist, „The price of gold“, 6. April 2013, <https://www.economist.com/news/china/21575783-fatal-landslide-tibet-raises-questions-about-rush-regions-resources-price>.

<sup>49</sup> Dalai Lama, „Five Point Peace Plan“, 21. September 1987, <https://www.dalailama.com/messages/tibet/five-point-peace-plan>;

<sup>50</sup> Siehe z.B. das „White Paper“ des chinesischen Staatsrates, State Council Information Office, April 15, 2015, „Tibet’s Path of Development is Driven by an Irresistible Historical Tide“; auch Tsering Woesser, in: High Peaks Pure Earth, April 12, 2011, „Replaying the film ‘Serf’ Won’t Brainwash Anyone!“;

Tibet – mit deutlich kolonialer und diskriminierender Konnotation – auch innenpolitische Bindekraft.

## b) Wirtschaftsinteressen und Menschenrechte

Ohne Zweifel entfaltet die chinesische Regierung Druck auf andere Staaten, damit diese von Kritik an der Menschenrechtspolitik oder auch der Tibetpolitik Pekings absehen. Besonders besorgniserregend ist dabei die zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit europäischer Staaten von China, die sich mit dem „Belt and Road“-Projekt nochmals verstärken dürfte. So hat Griechenland im Juni 2017 ein gemeinsames Statement der EU beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen blockiert, weil es „unproduktive Kritik“ an China enthalten hätte.<sup>51</sup> Augenfällig an diesem bis dahin beispiellosen Vorgang ist der Zusammenhang zwischen chinesischen Investitionen in Griechenland – etwa durch den Kauf der Mehrheitsanteile am Hafen von Piräus – und der Blockadehaltung der griechischen Regierung. Gerade in Ost- und Südeuropa, verstärkt durch das Kooperationsformat „16+1“, besteht die Gefahr, dass weitere wirtschaftliche Abhängigkeiten entstehen, die zu einer Leugnung von massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen in der VR China führen. Dies könnte zu einer nachhaltigen Schwächung der Europäischen Union etwa beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen führen und den Menschenrechtsrat selbst unterminieren, der eine wichtige Unterstützung für die Anliegen tibetischer Menschenrechtsverteidiger darstellt.

Darüber hinaus sind jedoch insbesondere auch Wirtschaftsunternehmen von chinesischer Einflussnahme betroffen. Besorgniserregend ist dabei die augenscheinlich weitgehende Unterwerfung großer deutscher Konzerne, etwa Daimler<sup>52</sup> und Volkswagen<sup>53</sup>, gegenüber der Kommunistischen Partei Chinas und ihrer politischen Haltung in Bezug auf fundamental wichtige Menschenrechtsfragen. Während große Konzerne und ihre diesbezüglichen Entscheidungen noch eine relativ große öffentliche Aufmerksamkeit erzielen, findet jedoch abseits davon offenbar eine schleichende Entwicklung insbesondere bei kleineren, aber dennoch bedeutenden Unternehmen statt. So hat einer der führenden Wissenschaftsverlage, die Springer Nature Verlagsgruppe aus Berlin, 2017 ihre Verlagsinhalte auf ihrer chinesischen Internetseite nach Druck der chinesischen Regierung zensiert und „sensible“ Artikel etwa über Tibet entfernt.<sup>54</sup>

Vor diesem Hintergrund sollte die Europäische Union, und Deutschland als wichtiger Mitgliedstaat, in jeglichen Kooperationsformaten mit der VR China klare und unmissverständliche Menschenrechtskriterien einfordern und verankern.<sup>55</sup> Unternehmen sollten ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen und denen ihnen selbst gegebenen Corporate Social Responsibility Standards nachkommen.

---

<sup>51</sup> Reuters, „Greece blocks EU statement on China human rights at U.N.“, 18. Juni 2017, <https://www.reuters.com/article/us-eu-un-rights/greece-blocks-eu-statement-on-china-human-rights-at-u-n-idUSKBN1990FP>;

<sup>52</sup> Süddeutsche Zeitung, „Dalai Lama-Zitat: Daimler knickt vor China ein“, 7. Februar 2018, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/social-media-daimler-china-und-der-dalai-lama-1.3856104>.

<sup>53</sup> Tagesschau.de, „Ahnungslos beim Thema Menschenrechte“, 20. April 2019, <https://www.tagesschau.de/ausland/vw-uiguren-101.html>;

<sup>54</sup> New York Times, „Leading Western Publisher Bows to Chinese Censorship“, 1. November 2017, <https://www.nytimes.com/2017/11/01/world/asia/china-springer-nature-censorship.html>.

<sup>55</sup> Siehe dazu, Human Rights Watch, „China: ‘Belt and Road’ Projects Should Respect Rights“, 21. April 2019, <https://www.hrw.org/news/2019/04/21/china-belt-and-road-projects-should-respect-rights>;

**10. Wie sollte eine kohärente deutsche China-Politik aussehen angesichts massiver Menschenrechtsverletzungen, insbesondere gegenüber religiösen Minderheiten aber auch weitreichender Eingriffe in das Recht auf Privatsphäre oder die Meinungsfreiheit und wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund die Kohärenz der China-Politik der Bundesregierung? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Eine kohärente China-Politik der Bundesregierung sollte die Frage der Menschenrechte und die Rechte von religiösen und ethnischen Gruppen wie der Tibeter und Uiguren als zentralen Bestandteil ihrer Beziehungen zur Volksrepublik China verstehen und gegenüber der chinesischen Regierung entsprechend nachdrücklich vertreten, bilateral wie multilateral, öffentlich und nicht-öffentlich. Während das Eintreten für die Menschenrechte in der Volksrepublik China als Ausdruck eines grundgesetzlichen Auftrages von grundsätzlicher Bedeutung ist, spiegelt sich überdies in der Lage etwa der Tibeter, der Uiguren oder der Mongolen und anderer Volksgruppen ganz besonders die Bereitschaft der chinesischen Regierung wider, ihre Politik an internationalen Rechtsnormen auszurichten, oder inwiefern sie willens ist, Prinzipien friedlicher Konfliktlösung zu folgen. Die Situation in Tibet sollte daher, wie auch in anderen Regionen, von der deutschen Politik mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt werden.

In Bezug auf Tibet sollte die deutsche Politik mit Nachdruck auf die schlechte Menschenrechtslage hinweisen und Veränderungen einfordern. Sie sollte die chinesische Regierung auffordern, den Dialog mit den Repräsentanten des Dalai Lama wieder aufzunehmen. Von zentraler Bedeutung ist überdies die Positionierung der Bundesregierung und der deutschen Politik im Fall einer menschenrechtskonformen Entscheidung über die Nachfolge des Dalai Lama, die entsprechend allein von den Institutionen des tibetischen Buddhismus in freier und selbstbestimmter Weise und ohne Einmischung der chinesischen Regierung oder der Kommunistischen Partei Chinas getroffen werden kann. Sie sollte schon jetzt klarstellen, dass sie einen von der chinesischen Regierung bestimmten Dalai Lama nicht anerkennen würde. Die deutsche Politik sollte außerdem tibetische Menschenrechtsverteidiger unterstützen und ihnen Gehör schenken. Sie sollte den direkten Kontakt mit den offiziellen Vertretern des Dalai Lama in Europa (Office of Tibet), der tibetischen Zentralverwaltung (CTA) in Dharamsala, Indien, den demokratisch gewählten Mitgliedern des tibetischen Parlaments im Exil und Repräsentanten des tibetischen Buddhismus im Exil suchen. Gegenüber der chinesischen Regierung sollte sie ressortübergreifend Menschenrechtsthemen und die Situation in Tibet ansprechen.

Die deutsche Politik sollte überdies – auch aus der Erfahrung mit der Bürgerrechtsbewegung in Osteuropa – politische und moralische Unterstützung für all jene leisten, die sich in der VR China für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen.

Die Bundesregierung sollte weiterhin auf der Ebene der Vereinten Nationen für die Rechte der Tibeter eintreten und insbesondere im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen die Situation in Tibet, einzelne Fälle von verfolgten Tibetern und den mangelnden Zugang nach Tibet für Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen ansprechen. Sie sollte den

Zusammenschluss mit anderen Regierungen suchen, um diese Anliegen damit zu verstärken. Sie sollte darauf drängen, innerhalb der Europäischen Union gemeinsame Positionen zur Situation in Tibet beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen zu fassen und Versuche zurückweisen, diese Positionen aufzuweichen oder gar entsprechende Stellungnahmen der EU beim Menschenrechtsrat zu unterbinden. Die Bundesregierung sollte überdies insbesondere Versuchen der chinesischen Regierung begegnen, den Raum für zivilgesellschaftliche Akteure, die sich für Tibeter, Uiguren oder chinesischen Menschenrechtsverteidiger einsetzen, bei den Vereinten Nationen einzuschränken. Auf Ebene der Europäischen Union sollte die Bundesregierung im Europäischen Rat für eine deutliche Position bei den regelmäßig stattfindenden EU-China Gipfeln eintreten, die die Tibet-Frage umfasst.

Die deutsche Politik sollte von der chinesischen Regierung eine nachhaltige Umwelt- und Entwicklungspolitik in Tibet einfordern, die sich an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen orientiert. Sie sollte auf multilateraler und bilateraler Ebene auf die Einbeziehung und Partizipation von Tibetern bei der Planung, Beschlussfassung und Umsetzung von Wirtschafts- und Entwicklungsprojekten drängen und ein Ende der An- und Umsiedlung von tibetischen Nomaden fordern.

Die deutsch-chinesischen Menschenrechtsdialoge, die durch die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung durchgeführt werden, können einen wichtigen Beitrag zur Thematisierung der Menschenrechte in China und Tibet leisten, dürfen aber kein Feigenblatt deutscher Menschenrechtspolitik gegenüber China sein. Dies ist nur dann der Fall, wenn sie als bilaterale und nicht-öffentliche Gespräche mit der chinesischen Seite Teil einer Gesamtstrategie sind, die nicht auf öffentliche Kritik an der chinesischen Menschenrechtspolitik verzichtet, gerade auch dann, wenn die chinesische Seite dies fordert.

Die Schaffung eines Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit ist begrüßenswert. Der Beauftragte kann dazu beitragen, Fragen der Religionsfreiheit in der VR China anzusprechen, insbesondere etwa die Frage der menschenrechtskonformen Entscheidung über die Nachfolge des Dalai Lama oder etwa Fälle von Tibeterinnen und Tibetern, die aufgrund ihres Glaubens inhaftiert worden sind. Die von der Bundesregierung anzufertigenden Berichte sollten einzelne Ländersituationen untersuchen oder schwerpunktmäßig behandeln.

Der Deutsche Bundestag, insbesondere der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, sollte sich weiterhin um eine Delegationsreise nach Tibet bemühen, sich allerdings über die Limitierungen eines von den chinesischen Behörden inszenierten Besuchsprogrammes im Klaren, und im Falle einer stattfindenden Reise der Gefahren einer öffentlichkeitswirksamen Instrumentalisierung in den staatlich gelenkten Medien Chinas bewusst sein. Die chinesische Regierung sollte davon Abstand nehmen, Abgeordnete des Deutschen Bundestages unter Druck zu setzen und die Möglichkeit (oder die Verweigerung) einer Delegationsreise als eben solches Druckmittel gegen den Deutschen Bundestag einzusetzen. Indessen sollte der Deutsche Bundestag auf freien und ungehinderten Zugang nach Tibet und anderen Regionen bestehen. Dies bedeutet insbesondere, dass

Gesprächspartner im Land frei und ohne Furcht vor Repressalien reden können. Dies ist in Tibet gegenwärtig nicht der Fall.

Der Deutsche Bundestag und/oder die deutsche Bundesregierung sollten eruieren, nach dem Vorbild des im Dezember 2018 vom US-Kongress beschlossenen „Reciprocal Access to Tibet Act“ auf die Verweigerung von Delegationsreisen oder sonstigen Reisewünschen in die Autonome Region Tibet und andere tibetische Regionen zu reagieren. Sie sollte sich in diesem Rahmen auch dafür einsetzen, dass Privatpersonen, insbesondere auch Personen tibetischer Herkunft mit anderer Staatsangehörigkeit, ungehindert nach Tibet einreisen können und auf entsprechendes Zuwiderhandeln der chinesischen Behörden reagieren.

Der „Reciprocal Access to Tibet Act“ ermächtigt das amerikanische Außenministerium denjenigen Personen – gemeint sind Vertreter der chinesischen Behörden – die Einreise in die Vereinigten Staaten zu verweigern, die für Zugangsbeschränkungen nach Tibet verantwortlich sind. Entsprechende Maßnahmen könnten den legitimen Forderungen auf deutscher Seite Nachdruck verleihen. Somit könnte das Prinzip der Gegenseitigkeit – Reziprozität – auf den Menschenrechtsbereich ausgeweitet werden.

Grundsätzlich stellt sich die Frage, wie die deutsche Politik wirksam auf die offenbar zunehmende Unempfindlichkeit der chinesischen Regierung gegenüber Kritik an ihrer Menschenrechtspolitik reagieren kann. Wünschenswert wäre eine größere Entschlossenheit auf deutscher Seite, die deutlich macht, dass die menschenrechtswidrige Politik der chinesischen Regierung spürbare Konsequenzen nach sich zieht. Entsprechende Möglichkeiten sind bis dato noch nicht oder nur in geringem Maße ausgeschöpft worden. Der „Reciprocal Access to Tibet Act“ könnte hier als ein Vorbild dienen.

**11. Welche Beispiele gibt es für eine politische Instrumentalisierung von Religion in China (z.B. durch religiösen Extremismus und zur Beförderung separatistischer Bestrebungen), die eine berechnete Gefahr für die Regierung in Peking darstellen und wie kann und sollte die chinesische Regierung Ihrer Meinung nach darauf reagieren? (DIE LINKE.)**

Der 14. Dalai Lama und die Tibeter im Exil treten ein für eine dialogorientierte Lösung der Tibet-Frage. Der Dalai Lama vertritt die Position des „Mittleren Wegs“, der eine echte Autonomie für das tibetische Volk innerhalb des chinesischen Staatsverbandes vorsieht. Zuletzt haben die Repräsentanten des Dalai Lama der chinesischen Regierung im Jahre 2008 einen umfangreichen Vorschlag für eine dialogorientierte Lösung vorgelegt, die sich an Vorgaben des chinesischen Rechts orientiert.<sup>56</sup> Eine Instrumentalisierung im Sinne der Fragesteller kann daher schon aus diesem Grund verneint werden.

Vielmehr ist darauf hinzuweisen, dass der Vorwurf des „Separatismus“, nach Art. 103 des chinesischen Strafgesetzbuches, häufig genutzt wird, um Menschenrechtsverteidiger wie etwa den unlängst zu fünf Jahren Haft verurteilten Sprachaktivisten Tashi Wangchuk inhaftieren und zum Schweigen bringen zu können.<sup>57</sup>

Überdies haben auch chinesische Beobachter, in seltener Offenheit, im Nachgang zu den landesweiten Protesten in Tibet im Jahr 2008 festgestellt, dass chinesische Behörden in Tibet oftmals auf Korruption und auf Behördenversagen beruhende Fehlentwicklungen in ihrem Verantwortungsbereich auf das Wirken vermeintlich separatistischer Kräfte oder der „Dalai Clique“ geschoben hätten, um ihr eigenes Versagen vertuschen zu können.<sup>58</sup> Demnach würde die heutige politische Elite in Tibet „jede Gelegenheit nutzen, um die Separatismus-Karte zu spielen“.

Tibetische Buddhisten vertreten ohne Zweifel politische Positionen. Dies ist ihr Recht. Ebenfalls ihr Recht ist es, für Selbstbestimmung und ihre Menschenrechte einzutreten. Der „Mittlere Weg“ des Dalai Lama basiert auf dem Recht auf Selbstbestimmung und verlangt den Schutz von Kultur und Religion sowie der Rechte der Tibeter. Die chinesische Regierung sollte daher den Dialog mit den Repräsentanten des Dalai Lama wieder aufnehmen.

---

<sup>56</sup> Bureau of His Holiness the Dalai Lama in New Delhi, 2008, „Memorandum on the genuine autonomy for the Tibetan people“, <https://tibetbureau.in/memorandum-on-genuine-autonomy-for-the-tibetan-people/>; umfassende Informationen über den „Mittleren Weg“ des Dalai Lama und der Tibetischen Zentralverwaltung auf: „Middle Way Approach“, <https://mwa.tibet.net/>;

<sup>57</sup> New York Times, „A Tibetan Tried to Save His Language. China Handed Him 5 Years in Prison“, 22. Mai 2018, <https://www.nytimes.com/2018/05/22/world/asia/tibetan-activist-tashi-wangchuk-sentenced.html>;

<sup>58</sup> Bericht der 2009 verbotenen chinesischen „Open Constitution Initiative“ („Gongmeng“), siehe The Telegraph, „Chinese report on Tibet reveals the roots of unrest“, 22. Mai 2009, <https://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/china/5368440/Chinese-report-on-Tibet-reveals-the-roots-of-unrest.html>.